

Kampf um die Quelle

Überwachte Journalisten: Staatstrojaner gefährden die geschützte Arbeit von Redaktionen. *Von Christian Schewpe*

zuRechtgerückt Communicatio Socialis

Christian Schewpe ist Redakteur im Ressort „Investigation und Reportage“ der „Welt“ und „Welt am Sonntag“. Er arbeitete als freier Reporter zuvor u. a. für „Spiegel“ und „Stern“, für „Die Zeit“ und die ARD in Washington.

Eigentlich ist die Sache klar, eigentlich gilt in diesem Land: Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, ist geschützt, ist unantastbar. Eigentlich. Gleichzeitig gibt es neue Regelungen zum Einsatz von Staatstrojanern in Ermittlungsverfahren: Es geht um die Quellen-Telekommunikationsüberwachung, kurz Quellen-TKÜ, und um das Mittel der Online-Durchsuchung. Beides sind umfassende Instrumente staatlicher Macht, die in intimste Sphären eindringen, sie durchdringen. Das kann gerechtfertigt sein, im Kampf gegen schwerste Verbrechen und Terrorismus. Doch muss ihr Einsatz Ergebnis ernsthafter Abwägung sein, zwischen dem Wohl des Staates und dem Wohl des Bürgers.

Was heißt das für Journalist_innen? Wie sind Quellen-TKÜ und heimliche Online-Durchsuchung mit ihren Schutzrechten zu vereinbaren? Wie mit denen ihrer Informanten? Es ist der Kampf um die Quelle, um Informationen. Schon länger berichten Journalist_innen darüber, von Ermittlern oder gar Geheimdiensten nach Informanten gefragt worden zu sein. In freundlichem Ton, aber bestimmt. Schon dies zeigt: Grenzen stehen offenbar zur Disposition. Dabei sind wir Journalist_innen privilegiert, müssen Quellen schützen können, und sie verschweigen dürfen – gegenüber Behörden, Ermittlern, und sogar Gerichten.

Umso erstaunlicher scheinen daher die unscharfen Bestimmungen zum Gebrauch der neuen Staatstrojaner. Sie sind eine Gefahr für den Journalismus. Denn Grundlage vieler Recherchen, mitunter der wichtigsten, ist das Siegel der Vertraulichkeit. Erst unter dem Schutz der Anonymität finden manche Informationen den Weg zu Journalisten, die dann weiter recherchieren und berichten. Dieser Schutz darf nicht beliebig gewährt werden, sondern es muss gute Gründe für ihn geben. In vielen sensiblen Bereichen gibt es sie, etwa wenn es um Missstände in Behörden oder Regierungszimmern geht, um Machtmissbrauch. Nur durch verlässlichen Quellenschutz kann ein Journalist seiner öffentlichen Funktion nachkommen, nur so herrscht de facto eine Pressefreiheit. Sind Journalist_innen nicht ausreichend geschützt, gibt es in der Konsequenz keine Kontrolle des Machtapparats, keine Transparenz, kein Korrektiv der Regierung.

Nur durch verlässlichen Quellenschutz kann ein Journalist seiner öffentlichen Funktion nachkommen, nur so herrscht de facto eine Pressefreiheit.

Die Datensicherheit in den Redaktionen ist deshalb zentral. Quellen-TKÜ hingegen heißt, dass das Kommunikationsgerät von überwachten Personen direkt angezapft wird, es dafür infiltriert wird – also gehackt. Die Online-Durchsuchung geht noch weiter. Sind Journalist_innen hier nicht explizit ausgenommen, kann von Sicherheit keine Rede mehr sein. Sie sollten vielmehr dem absoluten Schutz gegen verdeckte Ermittlungsmaßnahmen unterstellt werden. Die Gegenseite allerdings wird mutiger, will mithören.

- ▶ Die Journalistin Andrea Röpke ist eine anerkannte Expertin für Neonazismus. Als solche erhielt sie schon unerwartete Anrufe vom Verfassungsschutz. Der bestätigte Röpke: Sie wurde überwacht, ihr Name tauchte in einer Akte auf.
- ▶ Eine andere Journalistin beschäftigte sich mit jungen Menschen und dem radikalen Islam, auch ihr Telefon klingelte. Am Apparat: das LKA Baden-Württemberg – man wollte die Journalistin als Zeugin gewinnen in einem Fall aus der Islamistszene.
- ▶ Der Journalist Stefan Buchen recherchierte über das „Projekt Sechs“ – und damit über Tätigkeiten der CIA in Deutschland. Bis die Amerikaner von den deutschen Behörden mehr über den Journalisten wissen wollten. Ob diese Informationen über den Journalisten herausgaben? Sie bestreiten das, Buchen sagt: „Ich kann das glauben oder nicht.“

Diese Fälle zeigen: Eine Tendenz zur Einmischung gibt es längst, Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung könnten sie verschärfen. Reporter aber müssen ihre Quellen immer schützen können, ihre Kommunikation muss vertraulich sein. Wenn Ermittler nun Trojaner auch auf Geräte von Journalist_innen spielen könnten, ist dies ein Problem für den ganzen Berufsstand – und alle Werte, für die er steht.

Wir Journalist_innen werden Wege finden, unsere Quellen zu schützen und den Mantel der Vertraulichkeit über unsere Arbeit zu legen, einen dicken Mantel. Das kann der Gesetzgeber nicht ändern – er sollte es aber auch gar nicht erst versuchen wollen.